



**Mai 2009**

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

© Infratest dimap, Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin

## Inhaltsverzeichnis



<b>Untersuchungsanlage</b> .....	<b>1</b>
<b>Analyse</b> .....	<b>3</b>
Zusammenfassung.....	4
Finanz- und Wirtschaftskrise: Vier von zehn sehen sich bereits betroffen .....	5
Große Mehrheit gegen ein Konjunkturpaket III.....	7
Gesetz zur Verhinderung von Rentenkürzungen findet Mehrheit.....	8
Leichtes Plus bei der Zufriedenheit mit der Bundesregierung .....	9
Sonntagsfrage Bundestagswahl: SPD mit leichtem Plus, FDP und Linke mit leichtem Minus .....	10
Bundestagswahl: Teilnahmeabsicht weitgehend unverändert.....	12
Unions-geführte Bundesregierung bevorzugt.....	14
Zusammenarbeit mit der Linken: Glaubwürdigkeit der SPD gewachsen.....	16
Angela Merkel führt Liste der beliebtesten Politiker wieder an .....	17
Kanzler-Direktwahl: Merkel unverändert deutlich vor Steinmeier .....	19
Sonntagsfrage Europawahl: SPD verbessert sich im Vergleich zur Wahl 2004, Union mit Einbußen.....	21
Gerechtigkeitslücke besteht weiter fort.....	22

**Untersuchungsanlage**

## ARD - DeutschlandTREND Mai 2009

### Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen

#### Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.500 Befragte	
Erhebungszeitraum:	04. bis 05. Mai 2009 Sonntagsfrage: 04. bis 06. Mai 2009	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

**Analyse**

## Zusammenfassung

Die Deutschen sind nach wie vor davon überzeugt, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise ihr volles Ausmaß noch nicht erreicht hat: Auch im Mai fürchten drei Viertel der Bundesbürger (76 Prozent), dass der schlimmste Teil der Krise erst noch bevorsteht. Entsprechend groß fallen die Ängste aus: 57 Prozent (+3) machen sich aktuell Sorgen um ihre persönliche wirtschaftliche Zukunft – der höchste Wert seit Beginn der Krise. In den Betrieben ist zudem die Furcht vor Verlust des Arbeitsplatzes wieder angewachsen. In dieser kritischen Situation verhält die Forderung nach vermehrtem Konsum weitgehend ungehört: Nur 36 Prozent beziehen die Position, dass man, solange man noch Geld hat, es auch ausgeben sollte. Für einen wachsenden Teil der Deutschen sind die Krise und mit ihr verbundene Einschränkungen ohnehin längst Alltag: Vier von zehn Bundesbürgern geben an, als Folge der Wirtschaftskrise weniger Geld zur Verfügung zu haben. Ebenso viele (38 Prozent; +6) zählen sich persönlich bereits zu den unmittelbar Betroffenen der Krise. Die Forderung nach einem Konjunkturpaket III wird nur von 12 Prozent der Bürger unterstützt. Eine große Mehrheit (83 Prozent) will zunächst die Wirkung der bereits beschlossenen Maßnahmen abwarten und ist damit auf einer Linie mit der Bundesregierung. Auch bei der geplanten Verhinderung von Rentenkürzungen als Folge der Wirtschaftskrise findet die Regierungsposition mehrheitlich Zustimmung (68 Prozent). Lediglich 28 Prozent meinen, dass die Renten bei zurückgehenden Löhnen ebenfalls sinken sollten.

Vor diesem Hintergrund steigt die Zufriedenheit mit der Bundesregierung auf 40 Prozent, ein Plus von 4 Punkten. Auch die Spitzenkandidaten von Union und SPD können ihre Beliebtheit steigern, wobei sich Angela Merkel mit einer Zustimmungsrate von 69 Prozent knapp vor Frank-Walter Steinmeier (68 Prozent) auf dem ersten Rang platziert. In der hypothetischen Kanzler-Direktwahl liegt die Amtsinhaberin unverändert deutlich vor ihrem Herausforderer.

Die bundespolitische Stimmung ist relativ stabil: Die Union könnte erneut einen Wähleranteil von 34 Prozent für sich verbuchen. Die SPD käme dank eines leichten Zugewinns auf 27 Prozent (+1). FDP und Linke müssten jeweils ein leichtes Minus verkraften und kämen auf 14 bzw. 10 Prozent (-1), die Grünen weiterhin auf 11 Prozent.

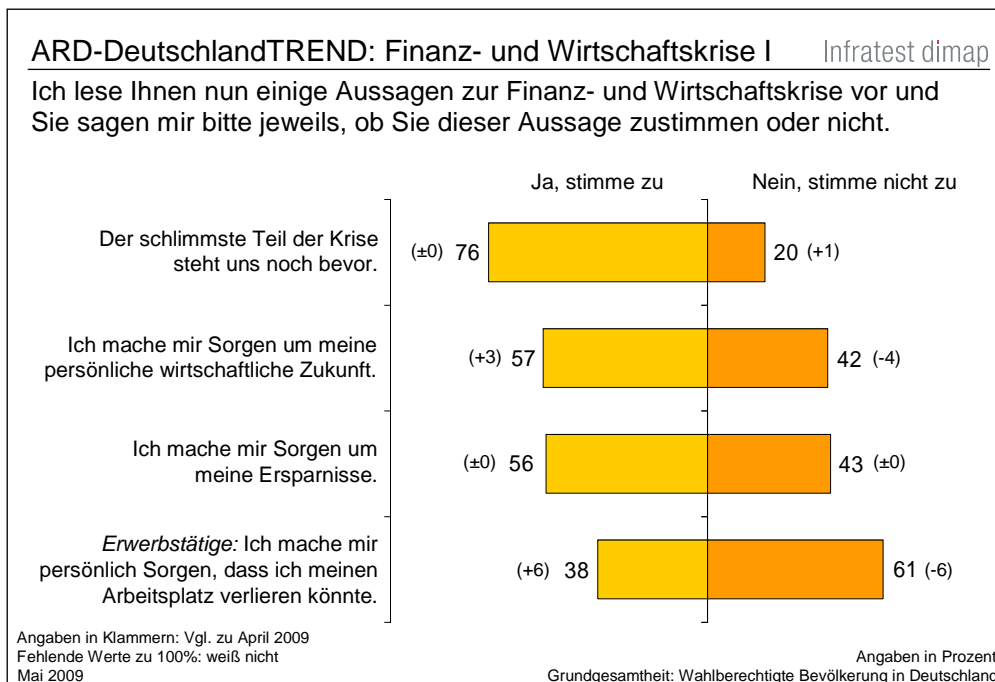
Für die nächste Legislaturperiode bevorzugen 44 Prozent eine Unions-geführte Bundesregierung, 33 Prozent ein Kabinett unter SPD-Führung. Eine schwarz-gelbe Koalition findet das größte Vertrauen: 46 Prozent halten dies für ein Bündnis mit positiver Wirkung für das Land. Der Fortsetzung der Großen Koalition schreiben dies 37 Prozent zu. Dreier-Bündnisse unter Einschluss der Grünen und der FDP sind weniger populär, egal unter welcher Führung. Lediglich jeder Sechste hält eine rot-rot-grüne Koalition für eine gute Lösung. Eine knappe Mehrheit der Deutschen (52 Prozent) glaubt indes, dass die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der Linken durch die SPD auch nach dem Urnengang am 27. September Bestand haben wird.

Auch mit Blick auf die Europawahl ist die Union derzeit stärkste Kraft (37 Prozent). Gleichwohl müsste die CDU/CSU damit einen deutlichen Verlust gegenüber 2004 hinnehmen. Deutliche Stimmengewinne könnten hingegen die SPD (28 Prozent) und die FDP (10 Prozent) verzeichnen. Auch die Linke (8 Prozent) würde ihr 2004er-Ergebnis verbessern, während die Grünen (12 Prozent) ihren Anteil lediglich halten.

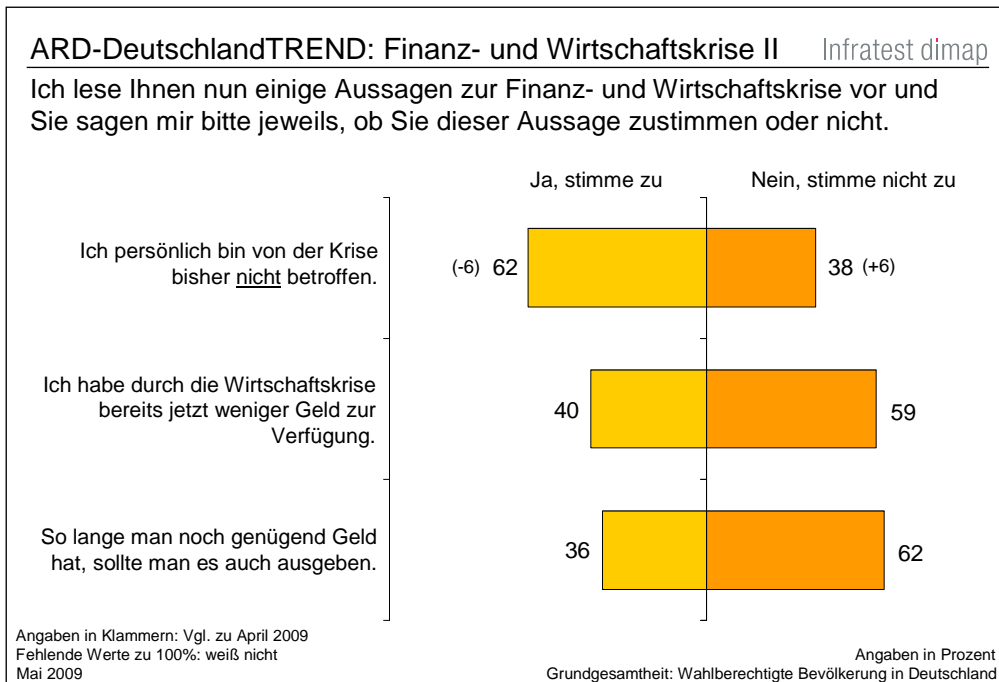
Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom Mai, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sechs Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 4. bis 5. Mai 1.000, für die Sonntagsfragen vom 4. bis 6. Mai 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

## Finanz- und Wirtschaftskrise: Vier von zehn sehen sich bereits betroffen

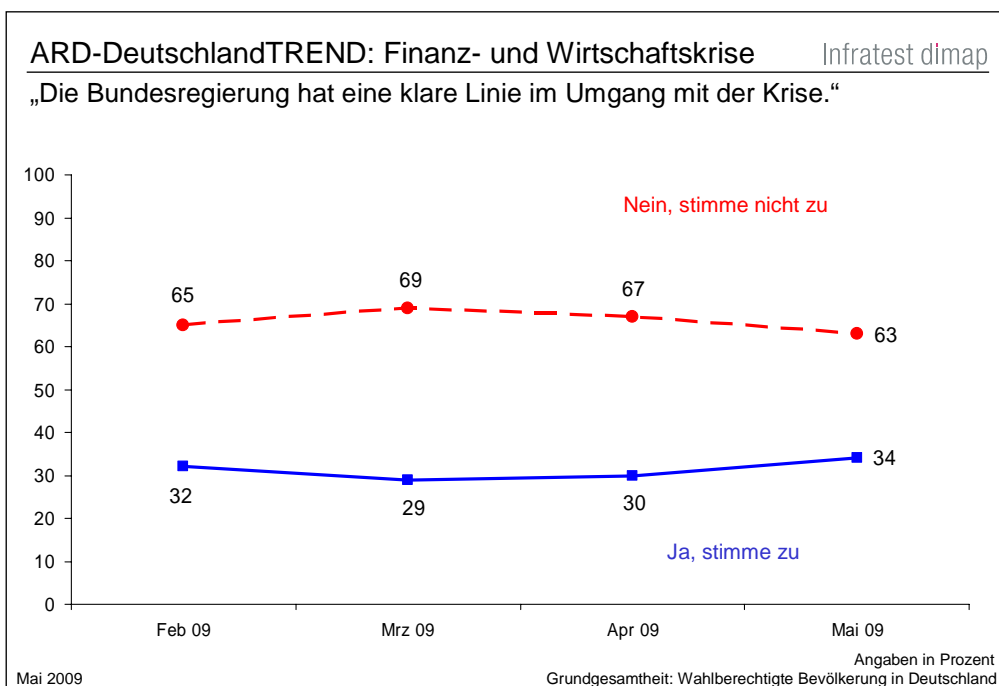
Die Deutschen sind nach wie vor davon überzeugt, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise ihr volles Ausmaß noch nicht erreicht hat: Auch im Mai fürchten drei Viertel der Bundesbürger (76 Prozent), dass der schlimmste Teil der Krise erst noch bevorsteht. Entsprechend groß fallen die Krisenängste der Deutschen aus: 57 Prozent (+3) machen sich aktuell Sorgen um ihre persönliche wirtschaftliche Zukunft – der höchste Wert seit Beginn der Krise. Ebenso viele (56 Prozent; +/-0) sind besorgt um die eigenen Ersparnisse. In den Betrieben ist zudem die Furcht vor Verlust des Arbeitsplatzes wieder angewachsen: Vier von zehn Erwerbstätigen (38 Prozent) tragen sich mit entsprechenden Ängsten, nach 32 Prozent im Vormonat. In dieser kritischen Situation findet die Forderung nach vermehrtem Konsum nur bei einem Drittel Gehör: 36 Prozent beziehen die Position, dass man, solange man noch Geld hat, es auch ausgeben sollte.



Für einen wachsenden Teil der Deutschen sind die Krise und mit ihr verbundene Einschränkungen ohnehin längst Alltag: Vier von zehn Bundesbürgern (40 Prozent) geben an, als Folge der Wirtschaftskrise weniger Geld zur Verfügung zu haben. Darunter sind überdurchschnittlich viele Arbeitslose, Arbeiter und Personen mit niedrigem Einkommen sowie Befragte im Alter von 45 bis 59 Jahren. Ebenso viele (38 Prozent; +6) zählen sich persönlich bereits zu den unmittelbar Betroffenen der Krise.

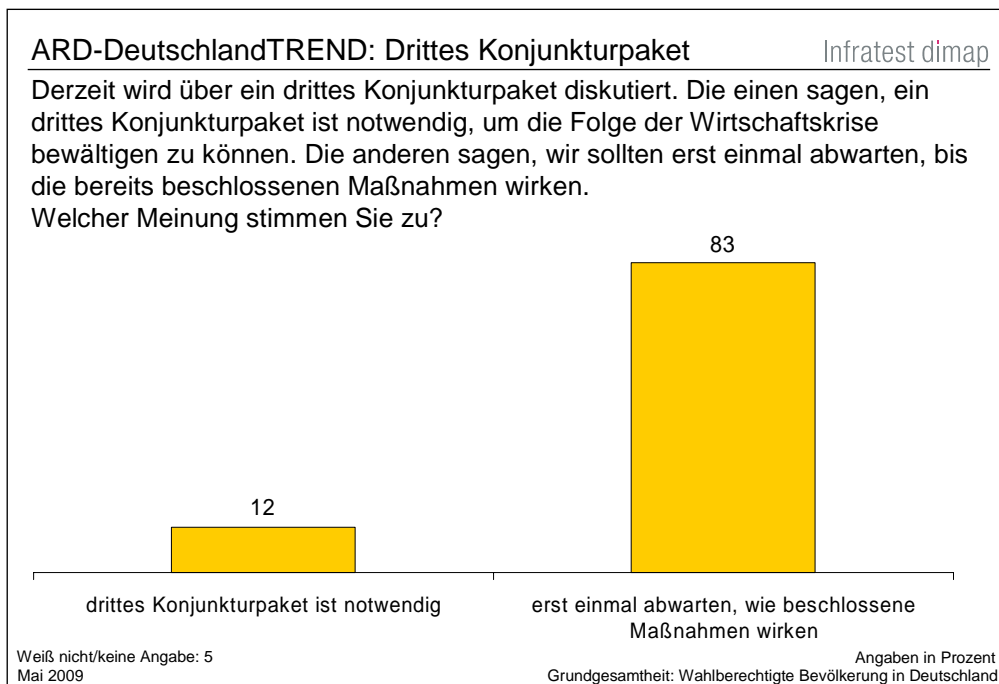


Dass die Regierung sich in einer solch tiefgreifenden Krisensituation unverändert schwer tut, bei den Leuten gut anzukommen, kann nicht überraschen: Auch im Mai überwiegt ganz eindeutig die Ansicht, die Bundesregierung habe keine klare Linie im Umgang mit der Krise (63 Prozent). Allerdings haben die positiven Urteile der Bundesbürger zuletzt leicht zugenommen (+4).



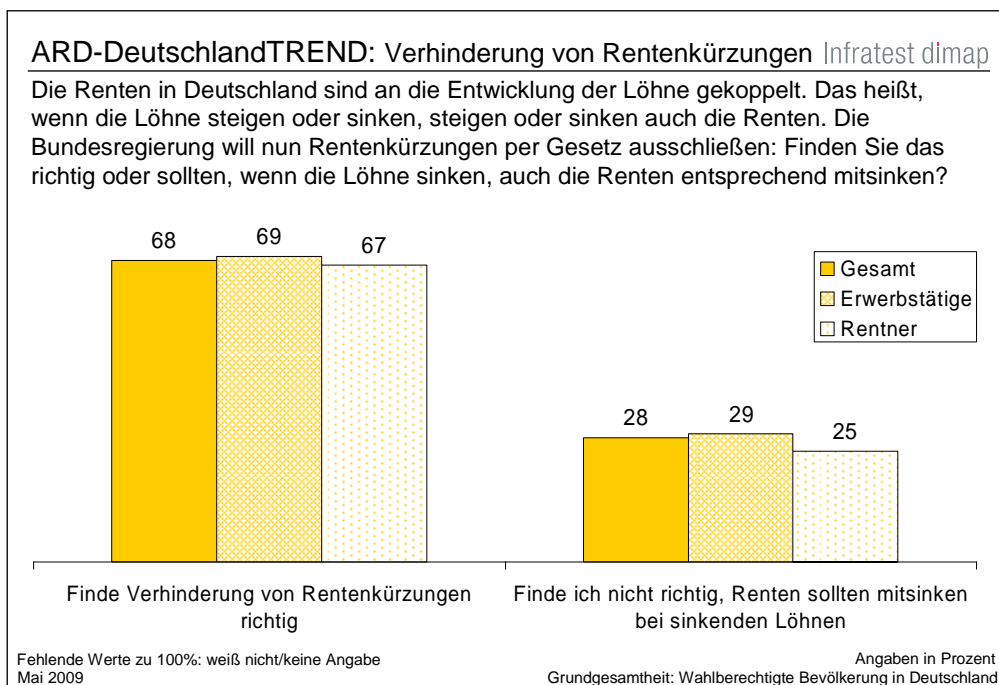
## Große Mehrheit gegen ein Konjunkturpaket III

Die Forderung nach einem dritten Konjunkturpaket zur Abfederung der Wirtschaftskrise wird vor allem von den Gewerkschaften und Teilen der SPD erhoben; DGB-Chef Michael Sommer forderte dafür weitere 100 Milliarden Euro. In der deutschen Bevölkerung wird ein Konjunkturpaket III jedoch sehr kritisch gesehen: Lediglich 12 Prozent halten es zum jetzigen Zeitpunkt für notwendig. Eine sehr große Mehrheit (83 Prozent) der Bürger plädiert dafür, erst einmal abzuwarten, wie die bereits beschlossenen Maßnahmen wirken.



## Gesetz zur Verhinderung von Rentenkürzungen findet Mehrheit

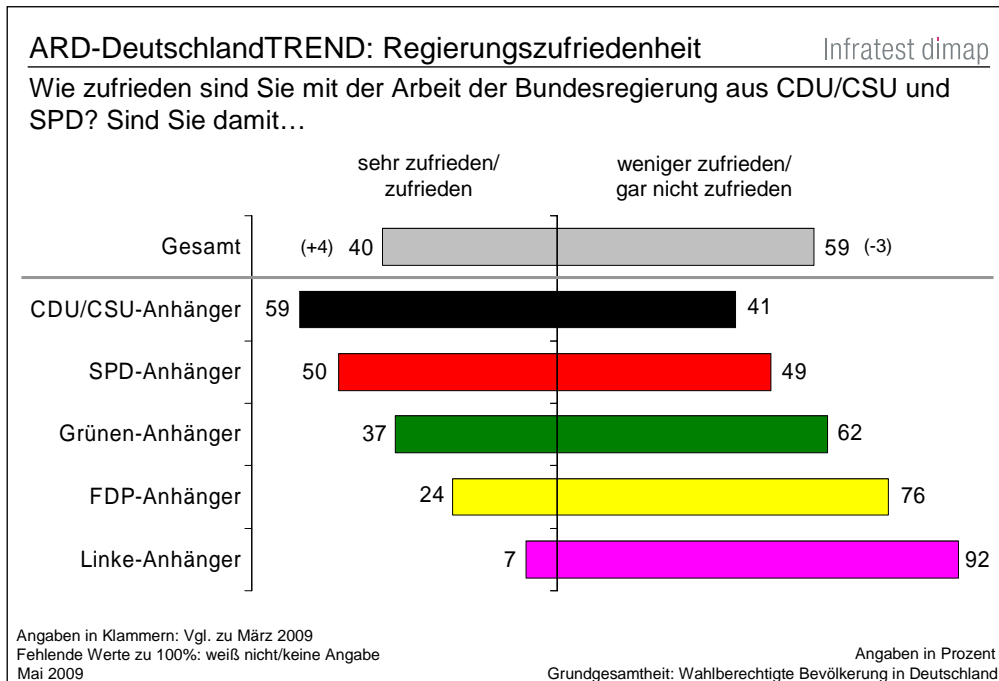
Angesichts der starken Zunahme der Kurzarbeit als Folge der Wirtschaftskrise und der Koppelung der Renten an die Bruttolöhne der Arbeitnehmer, haben Wirtschaftsforschungsinstitute darauf hingewiesen, dass die Renten im nächsten Jahr sinken könnten. Die Bundesregierung will dies mit einer gesetzlichen Regelung ausschließen, auch wenn sie die Einschätzung der Wirtschaftsforscher nicht teilt. Mit diesem Vorhaben kann sich die Große Koalition des Rückhalts bei zwei Drittel der Bürger sicher sein: 68 Prozent finden die Verhinderung von Rentenkürzungen per Gesetz richtig. Demgegenüber ist nur eine Minderheit von 28 Prozent der Auffassung, dass die Renten bei zurückgehenden Löhnen ebenfalls sinken sollten.



Die Analyse einzelner Bevölkerungsgruppen zeigt, dass sowohl die Rentner als Profiteure einer solchen gesetzlichen Regelung, als auch die Erwerbstätigen, also diejenigen, die in die Rentenkassen einzahlen, dieses Vorhaben gleichermaßen befürworten.

## Leichtes Plus bei der Zufriedenheit mit der Bundesregierung

Derzeit zeigen sich vier von zehn Bürgern mit der Arbeit der Bundesregierung sehr oder überwiegend zufrieden, wobei kaum jemand (2 Prozent) damit rundum einverstanden ist. Sechs von zehn äußern hingegen mehr oder minder deutliche Kritik an den Leistungen des Berliner Kabinetts, wovon wiederum nur eine eher kleine Gruppe von 14 Prozent dessen Kurs rundweg ablehnt.

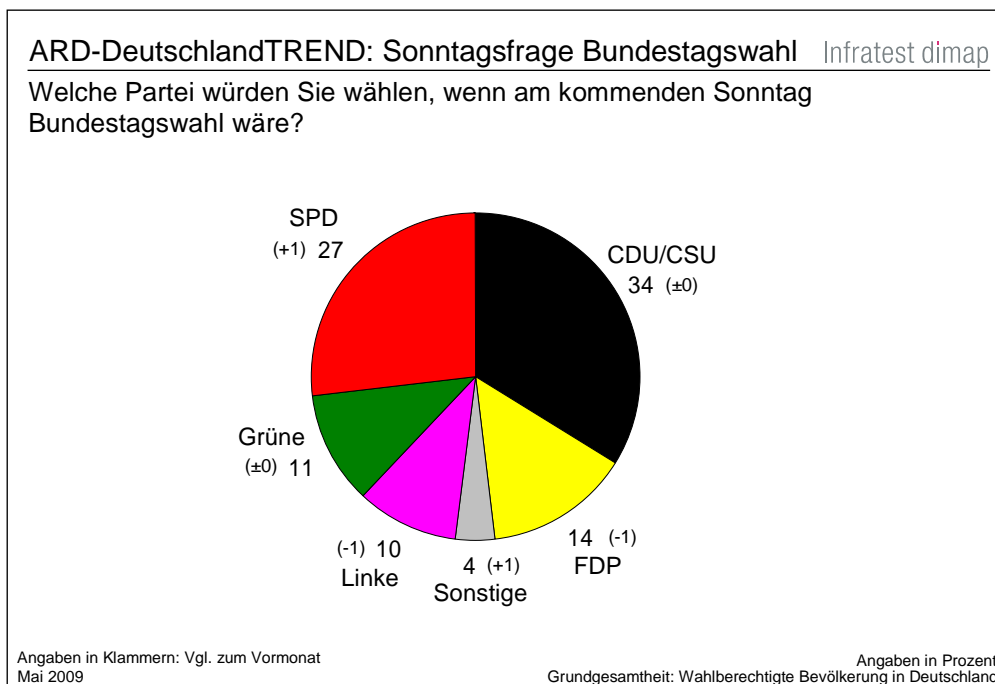


Vor zwei Monaten fiel der Anteil der skeptischen Urteile mit 62 Prozent noch ein wenig höher aus als derzeit, wohlwollender Meinung waren im März noch 36 Prozent.

Überwiegende Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung ist allein in den Reihen der Kanzler-Partei zu erkennen (59:41 Prozent). Im Lager des Koalitionspartners halten sich zustimmende und kritische Meinungen die Waage (50:49 Prozent).

## Sonntagsfrage Bundestagswahl: SPD mit leichtem Plus, FDP und Linke mit leichtem Minus

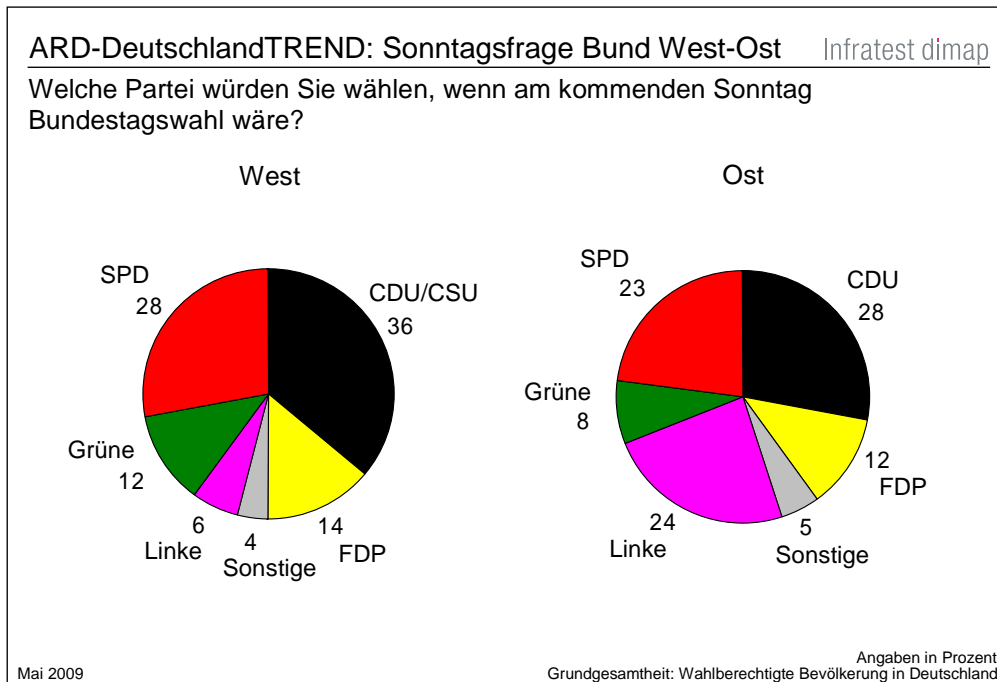
Die politische Stimmung ist im Mai recht stabil. Wenn der Bundestag bereits am nächsten Sonntag gewählt würde, könnte die Union wie im Vormonat einen Wähleranteil von 34 Prozent für sich verbuchen. Die SPD käme dank eines leichten Zugewinns von einem Punkt auf 27 Prozent. FDP und Linke müssten ein leichtes Minus von einem Punkt verkraften und kämen auf 14 bzw. 10 Prozent, während die Grünen erneut bei 11 Prozent liegen. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 4 Prozent der Stimmen.



Wäre dies das Ergebnis des Urnengangs würden neben einer Großen Koalition lediglich Dreier-Bündnisse über eine Mehrheit der Sitze im Bundestag verfügen. Eine christlich-liberale Koalition und die drei anderen Parlamentsparteien erhielten die gleiche Anzahl von Mandaten.

Nach wie vor liegt der Anteil der unentschlossenen bzw. unentschiedenen Wahlberechtigten bei rund einem Drittel. Die Verunsicherung ist insbesondere bei früheren SPD-Wählern überdurchschnittlich groß.

In den **alten Bundesländern** bleibt die Union konstant bei 36 Prozent der Wählerstimmen, deutlich vor der SPD mit 28 Prozent, deren Rückhalt etwas steigt. Alle drei kleineren Parteien verlieren jeweils leicht. Die FDP (14 Prozent) ist weiterhin etwas stärker als die Grünen (12 Prozent), während die Linke auf 6 Prozent käme.

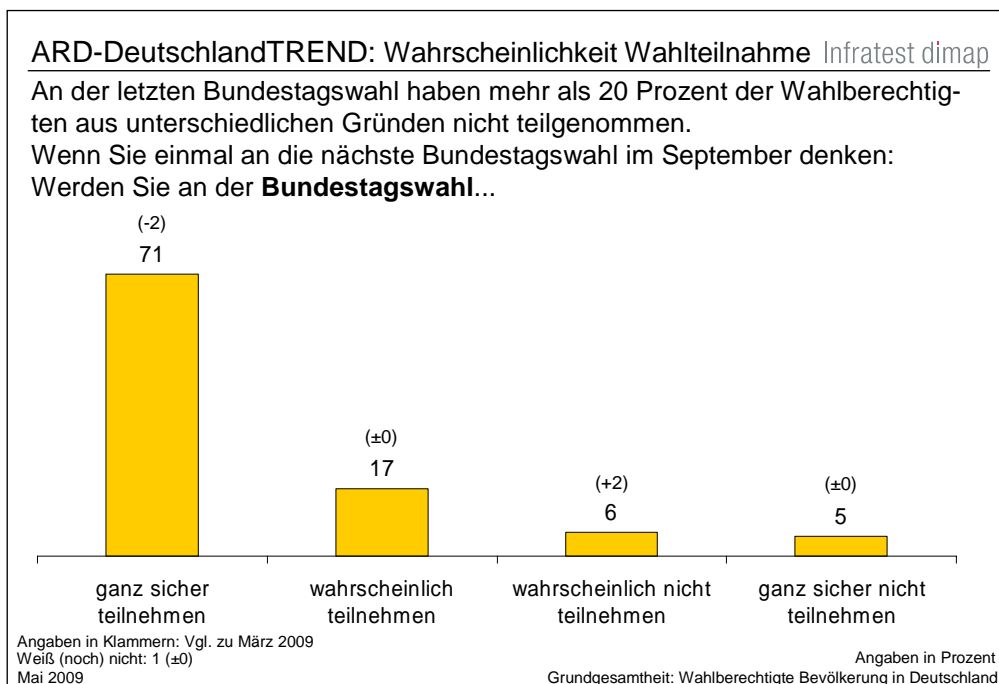


In den **neuen Bundesländern** verlieren CDU und SPD leicht, während die Linke und die FDP ihren Wähleranteil stabil halten können. Stärkste Kraft ist nach wie vor die CDU mit 28 Prozent vor der Linken mit 24 Prozent. Knapp dahinter folgen die Sozialdemokraten mit 23 Prozent der Stimmen. Die Liberalen (12 Prozent) überzeugen auch in Ostdeutschland weiterhin mehr Wahlberechtigte als die Grünen (8 Prozent).

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

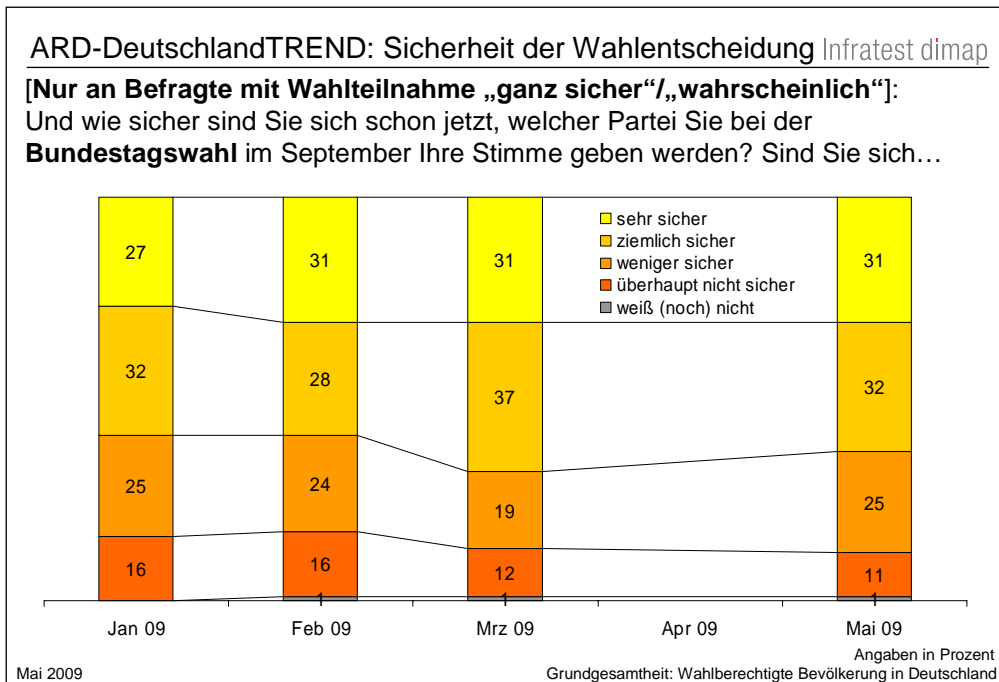
## Bundestagswahl: Teilnahmeabsicht weitgehend unverändert

Anfang Mai erklären 71 Prozent der Bevölkerung, sie würden an der Wahl des Deutschen Bundestages im September ganz sicher teilnehmen und weitere 17 Prozent bezeichnen den Gang zu den Wahlurnen als wahrscheinlich. Demgegenüber sieht nur eine kleine Gruppe von 6 Prozent die Teilnahme als eher unwahrscheinlich an und etwa ebenso viele (5 Prozent) schließen sie für sich persönlich definitiv aus.

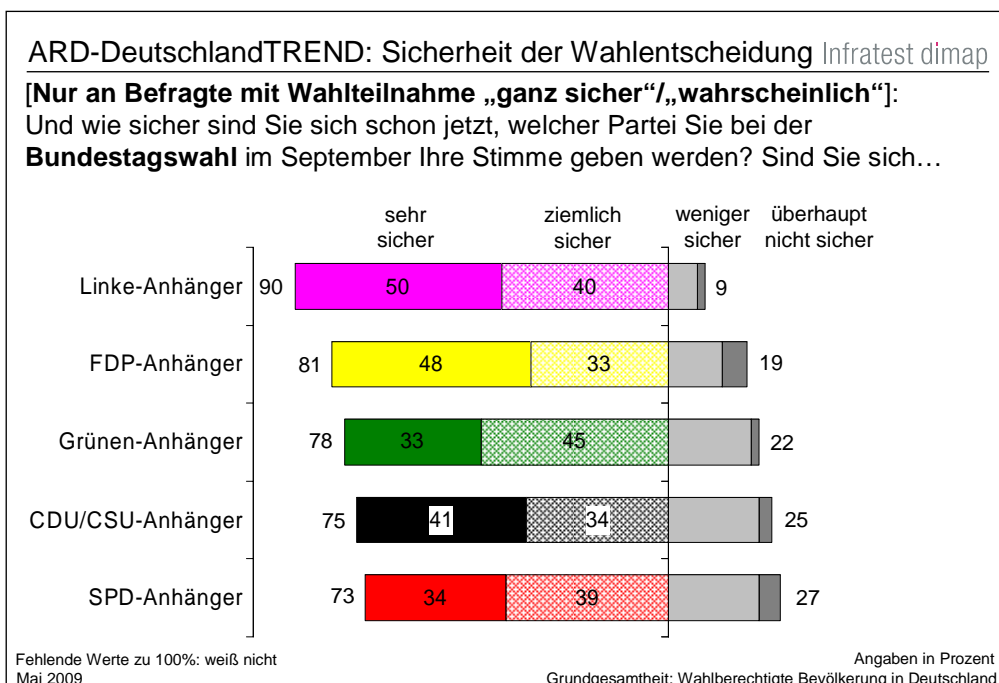


Die Bereitschaft zur Stimmabgabe im September hat sich damit im Vergleich zum März leicht abgeschwächt (-2).

Zwei von drei Bundesbürgern bekunden, sie seien sich bei der Entscheidung, welcher Partei sie ihre Stimme geben wollen, sehr (31 Prozent) oder ziemlich (32 Prozent) sicher. Jeder Vierte (25 Prozent) zeigt sich indes noch eher unschlüssig und bewertet seine derzeitige Entscheidung als weniger sicher. Ein Zehntel (11 Prozent) hat sich nach eigenen Aussagen überhaupt noch nicht festgelegt.



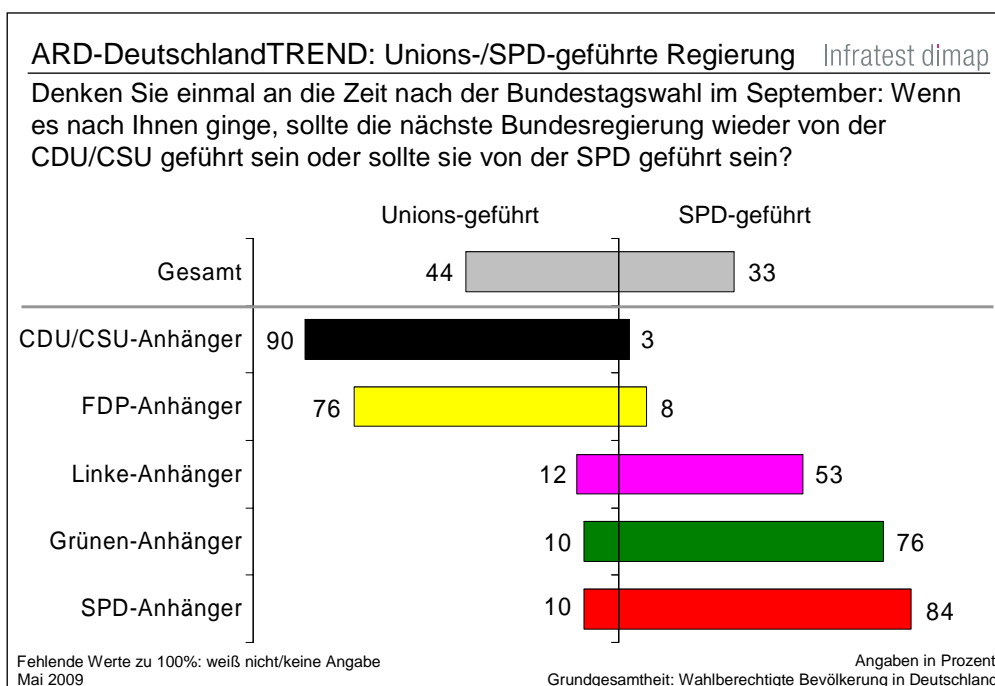
Auch hier zeigt sich eine Tendenz zu einer verstärkten Unsicherheit. Im März bezeichneten 68 Prozent ihre Entscheidung als sehr oder ziemlich sicher, jetzt sind es noch 63 Prozent.



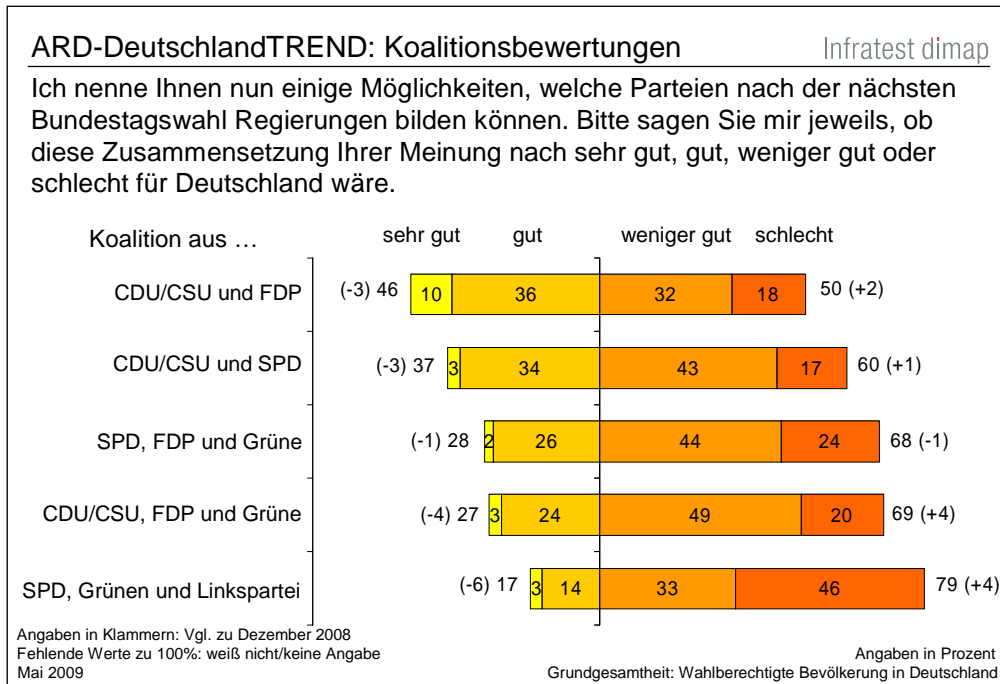
Die höchste Entschlusskraft haben die Anhänger der Linkspartei, die sich ihrer Entscheidung zu 90 Prozent sehr oder ziemlich sicher sind. Vergleichsweise stark fällt auch die Bindung im Lager der FDP mit 81 Prozent aus, während in den Reihen der Union, der SPD und der Grünen die entsprechenden Werte zwischen 78 und 73 Prozent liegen.

## Unions-geführte Bundesregierung bevorzugt

Nach der kommenden Bundestagswahl sollte nach dem Willen einer relativen Mehrheit von 44 Prozent der Bevölkerung die Bundesregierung wieder von der CDU/CSU geführt werden, während sich 33 Prozent für ein SPD-geführtes Kabinett aussprechen. Fast jeder Vierte (23 Prozent) kann oder will sich nicht festlegen. Die Entscheidung bei dieser Frage fällt dabei erwartungsgemäß eindeutig nach den politischen Lagern aus: Deutliche Mehrheiten der Unions- und der FDP-Wähler votieren für eine CDU/CSU-Führungsrolle. Die Parteianhänger der SPD, der Grünen und der Linken plädieren hingegen weit überwiegend für eine sozialdemokratisch geführte Regierung.



Das größte Vertrauen genießt derzeit eine Koalition aus Union und FDP, von der fast jeder Zweite (46 Prozent) annimmt, dass sie für Deutschland sehr gut bzw. gut wäre. Die Fortsetzung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD hätte nach Einschätzung von 37 Prozent positive Folgen für das Land.

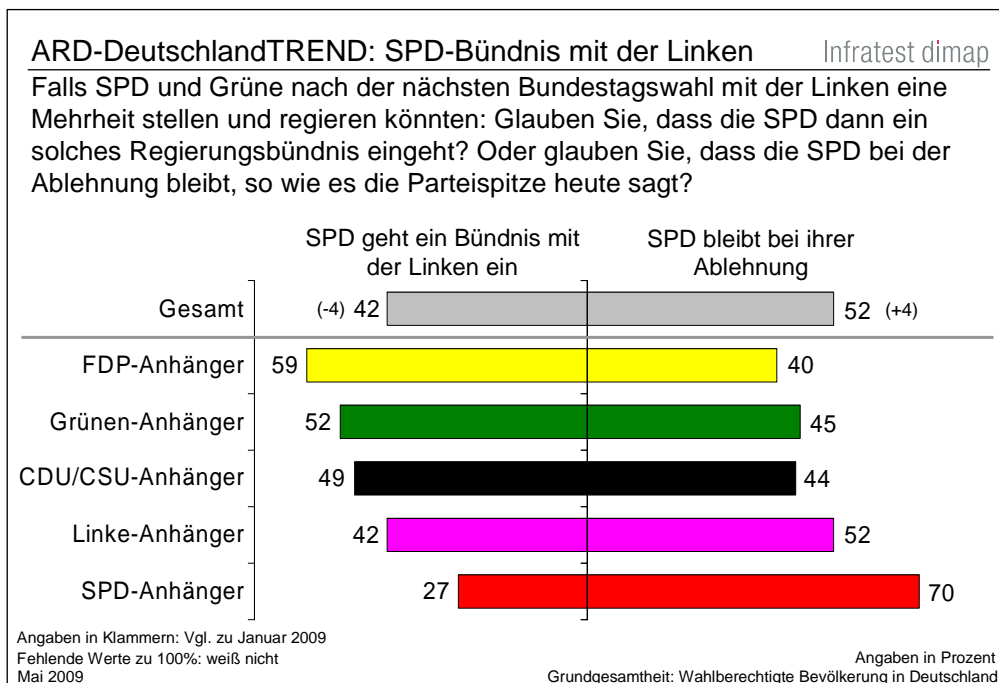


Dreierbündnisse unter Einschluss der Grünen und der FDP sind hingegen weit weniger populär, sei es unter der Führung der SPD oder der Union. Lediglich 28 bzw. 27 Prozent bewerten eine solche Regierungskonstellation positiv. Den geringsten Zuspruch fände eine Koalition der Sozialdemokraten mit den Grünen und der Linkspartei (17 Prozent).

Die Anhänger von Union und FDP haben klare Koalitionspräferenzen zu Gunsten eines schwarz-gelben Bündnisses. Auch die Anhänger der Linken haben einen klaren Favoriten: Sie bevorzugen rot-rot-grün, was allerdings in den Reihen von SPD und Grünen wenig Widerhall findet. Die SPD-Anhänger hingegen haben keine eindeutige Wunschkoalition, denn sowohl die Fortsetzung der Großen Koalition als auch ein Ampel-Bündnis findet bei rund jedem Zweiten Zustimmung.

## Zusammenarbeit mit der Linken: Glaubwürdigkeit der SPD gewachsen

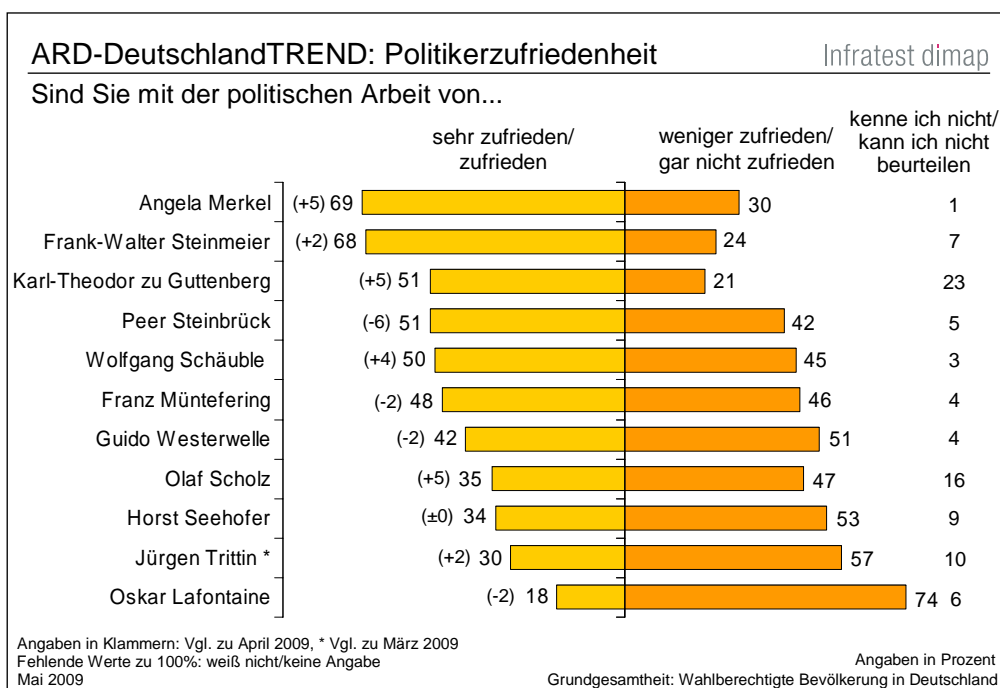
Die SPD-Führung versucht sich seit dem Wechsel an der Parteispitze deutlicher von der Linkspartei abzugrenzen und betont, dass eine Zusammenarbeit mit der Partei von Oskar Lafontaine nach der Bundestagswahl nicht in Frage komme. Diese Abgrenzung scheint Früchte zu tragen: Derzeit ist eine knappe Mehrheit der Bundesbürger (52 Prozent) der Überzeugung, dass die Ablehnung einer rot-roten Zusammenarbeit auch nach dem Urnengang Bestand haben wird, ein Plus von 4 Punkten im Vergleich zum Januar. Nach wie vor besteht in der Bevölkerung jedoch Verunsicherung in dieser Frage: Sollte es nach der Bundestagswahl eine Mehrheit für SPD, Grüne und Linke geben, würden die Sozialdemokraten nach Einschätzung von 42 Prozent (-4) ein Regierungsbündnis mit der Linkspartei eingehen.



Im Lager der SPD rechnet eine deutliche Mehrheit von 70 Prozent damit, dass es nicht zu einer Koalition mit der Linkspartei kommen wird. Auch in der Anhängerschaft der Linkspartei überwiegt diese Einschätzung (52 Prozent). Im Gegensatz dazu hält die Mehrzahl der Anhänger von FDP, Grünen und CDU/CSU eine bundespolitische Zusammenarbeit von SPD und Linkspartei für wahrscheinlich, falls die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag dies zulassen.

## Angela Merkel führt Liste der beliebtesten Politiker wieder an

Bundespräsident Horst Köhler übertrifft mit seinen Beliebtheitswerten alle anderen Protagonisten der Berliner politischen Bühne: Von 85 Prozent der Bundesbürger wird das Staatsoberhaupt für seine politische Arbeit gelobt. Den Spitzenplatz unter den Parteipolitikern nimmt in diesem Monat wieder Bundeskanzlerin Angela Merkel ein, dank eines deutlichen Vertrauenszuwachses von 5 Punkten erreicht sie derzeit 69 Prozent zustimmende Urteile. Die CDU-Chefin platziert sich damit sehr knapp vor Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der ebenfalls ein Plus von 2 Punkten für sich verbuchen kann und nun auf 68 Prozent kommt.

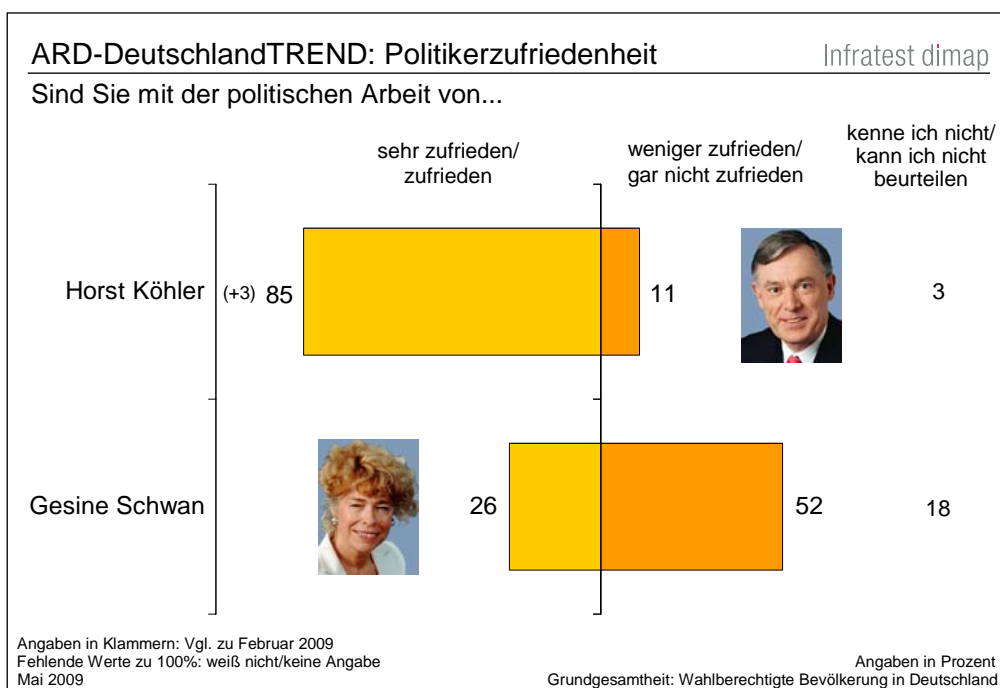


Der sozialdemokratische Finanzminister Peer Steinbrück musste in den letzten Wochen einen deutlichen Ansehensverlust in Höhe von 6 Punkten hinnehmen. Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg konnte hingegen 5 Punkte gewinnen, so dass beide Politiker sich nunmehr mit 51 Prozent Zustimmung Rang 3 teilen. Für den nun deutlich bekannteren CSU-Politiker zu Guttenberg bedeutet dies einen Zuwachs um rund 20 Punkte und den besten Wert seit seinem Amtsantritt als Bundesminister im Februar. Ihnen folgt CDU-Innenminister Wolfgang Schäuble, der durch ein Plus von 4 Punkten jetzt die Zustimmung von 50 Prozent der Bürger erfährt. Ein leichtes Minus von 2 Punkten auf 48 Prozent ist für den SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering zu verzeichnen.

Mit einigem Abstand folgt der Chef der Liberalen Guido Westerwelle mit 42 Prozent (-2) wohlwollenden Urteilen. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz erreicht 35 Prozent Zustimmung (+5) – der beste Wert des SPD-Politikers im DeutschlandTREND. Knapp dahinter liegt der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer mit 34 Prozent (+/-0).

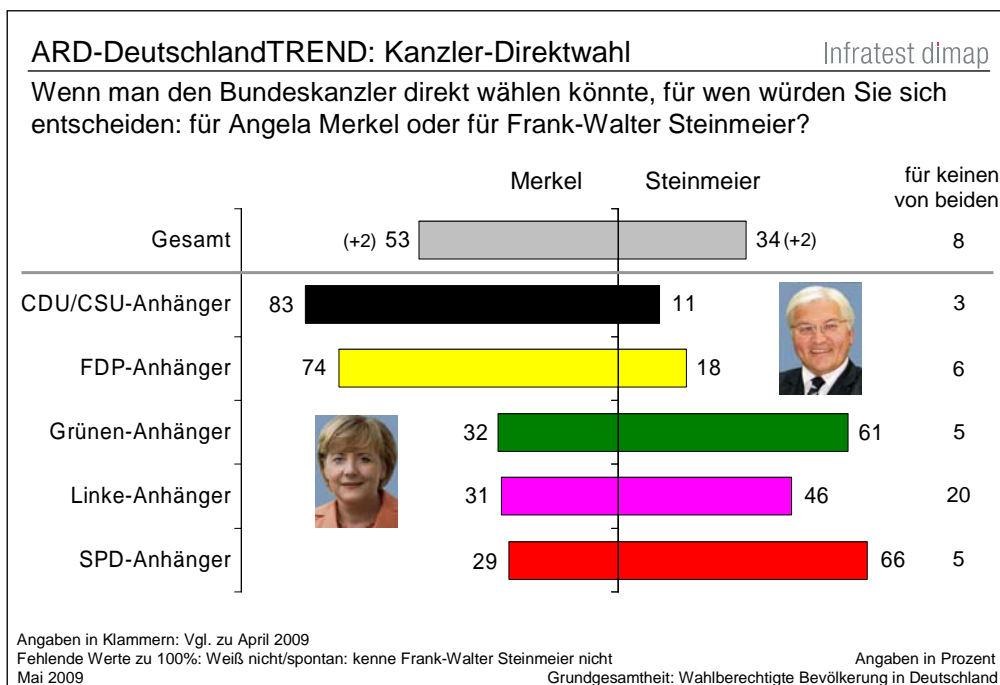
Der Spitzenkandidat der Grünen Jürgen Trittin erhält von 30 Prozent Lob für seine Arbeit. Am Ende der Liste steht weiterhin der Spitzenkandidat der Linken Oskar Lafontaine mit 18 Prozent (-2), der erneut die mit Abstand größte Ablehnung in der Bevölkerung erfährt (74 Prozent).

Bundespräsident Köhler konnte seine Popularität im Vergleich zum Februar dieses Jahres um 3 Punkte steigern. Seine sozialdemokratische Herausforderin bei der bevorstehenden Neuwahl des Staatsoberhauptes, Gesine Schwan, besitzt hingegen mit 26 Prozent nicht annähernd so großen Rückhalt in der Bevölkerung. Sie zieht sogar mehrheitlich negative Urteile auf sich (52 Prozent).



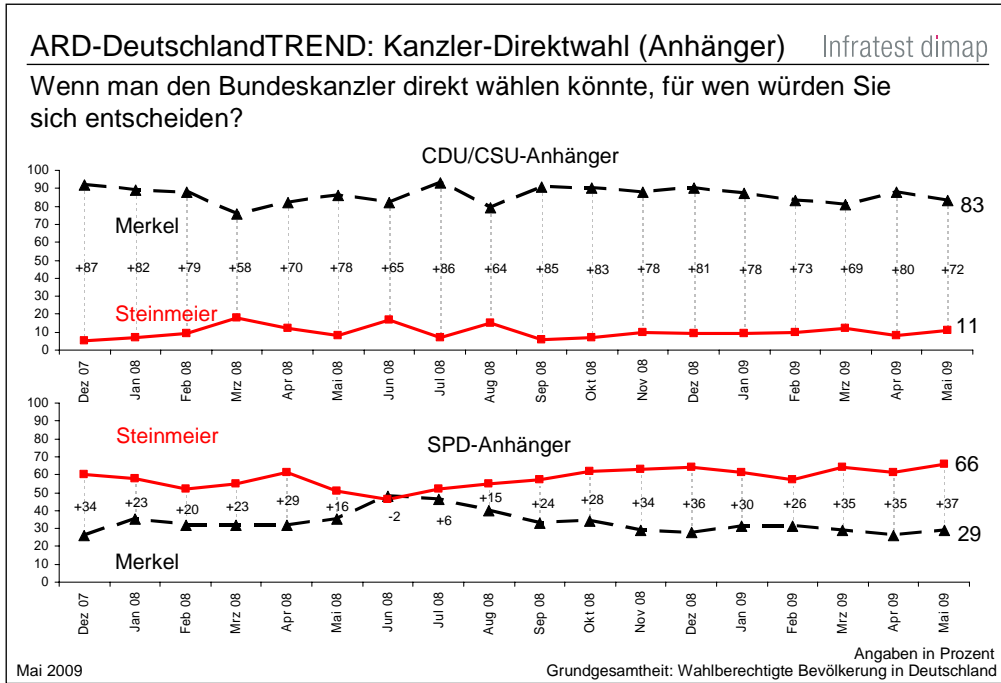
### Kanzler-Direktwahl: Merkel unverändert deutlich vor Steinmeier

Die gestiegene Zufriedenheit mit der Arbeit der Spitzenkandidaten von Union und SPD schlägt sich auch in der Direktwahlfrage nieder. Sowohl die Amtsinhaberin als auch ihr SPD-Herausforderer können im Vergleich zum Vormonat ihren Rückhalt ausbauen (+2 Punkte). Wenn die Deutschen den Bundeskanzler bzw. die Bundeskanzlerin direkt bestimmen könnten, würden derzeit 53 Prozent für Angela Merkel und 34 Prozent für Frank-Walter Steinmeier votieren. Wie im Vormonat beträgt der Rückstand des SPD-Politikers auf die CDU-Chefin 19 Punkte. Acht Prozent der Wahlberechtigten, und damit deutlich weniger als im April, können oder wollen sich momentan für keinen der beiden Spitzenpolitiker entscheiden.



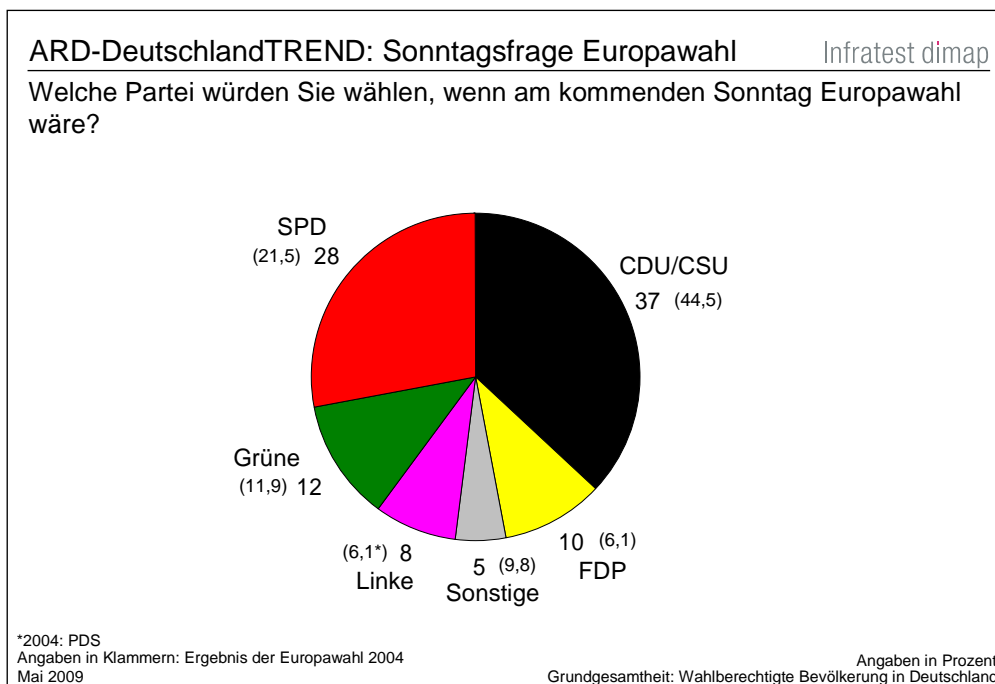
Die Unions-Anhänger stehen nach wie vor nahezu geschlossen hinter Angela Merkel (83 Prozent), nur jeder Zehnte (11 Prozent) würde für ihren sozialdemokratischen Herausforderer stimmen. Dem SPD-Kandidaten Steinmeier gelingt es zwar, seinen Rückhalt im eigenen Lager auf den Rekordwert von 66 Prozent auszubauen, er vermag es jedoch nach wie vor nicht, die eigene Anhängerschaft in dem Maße zu mobilisieren wie das der Amtsinhaberin gelingt. Immerhin 29 Prozent der SPD-Anhänger würden ihr Kreuz bei der CDU-Chefin machen.

In den Reihen des Wunschkoalitionspartners, den Grünen-Anhängern, gelingt es Steinmeier derzeit besser zu überzeugen als im Vormonat: 61 Prozent von ihnen würden für den SPD-Spitzenkandidaten votieren. Auch fast jeder zweite Anhänger der Linkspartei (46 Prozent) spricht sich für den derzeitigen Außenminister als künftigen Kanzler Deutschlands aus.



## Sonntagsfrage Europawahl: SPD verbessert sich im Vergleich zur Wahl 2004, Union mit Einbußen

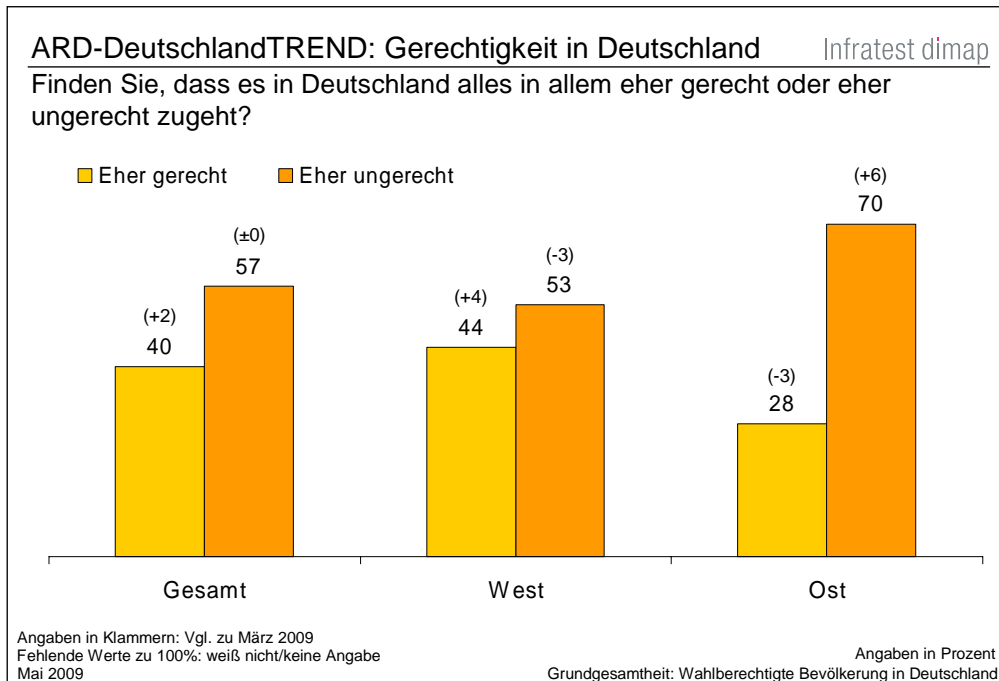
Fünf Wochen vor der Neuwahl des Europaparlaments starten die ersten Parteien in die heiße Wahlkampfphase. Wenn bereits am nächsten Sonntag die Europaabgeordneten aus Deutschland gewählt würden, wäre die Union mit 37 Prozent der Wählerstimmen auch hier deutlich stärkste Kraft. Gleichwohl müsste die CDU/CSU damit einen deutlichen Verlust gegenüber der letzten Europawahl hinnehmen. Deutliche Stimmengewinne im Vergleich zu 2004 könnten hingegen die SPD (28 Prozent) und die FDP (10 Prozent) verzeichnen. Auch die Linke (8 Prozent) würde ihr Ergebnis der vorangegangenen Wahl zum Europäischen Parlament verbessern, während die Grünen (12 Prozent) ihren Wähleranteil von 2004 lediglich halten würden. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 5 Prozent der Stimmen.



Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen ist legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen. Darüber hinaus wird die Wahlbeteiligung bei der Europawahl voraussichtlich erneut deutlich niedriger ausfallen als bei der Bundestagswahl.

## Gerechtigkeitslücke besteht weiter fort

Vier von zehn Bundesbürgern halten die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland alles in allem für eher gerecht. Die größere Zahl von 57 Prozent empfindet hingegen eine deutliche soziale Schieflage. Ein nahezu identisches Ergebnis wurde auch im März dieses Jahres gemessen, als 38 Prozent die Lage als gerecht und 57 Prozent als ungerecht bewertet haben.



Eine Gerechtigkeitslücke wird in den neuen Bundesländern nach wie vor weit häufiger registriert als im Westen. Hier lautet die Relation positiver zu kritischer Stimmen 44 zu 53 Prozent, im Osten hingegen 28 zu 70 Prozent.